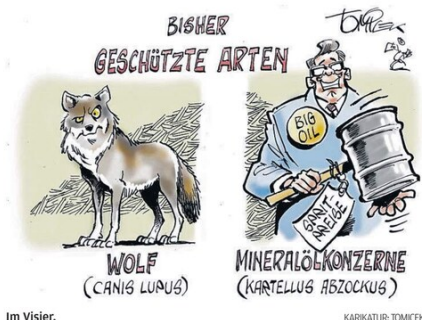




Im Visier.

KARIKATUR: TOMCEK

LEITARTIKEL

Eine Belastung für jeden Einzelnen

VON MATTHIAS SCHIERMEYER

Der Nahost-Krieg hat einen Preis, nicht nur beim Tanken und Heizen. Auch der Aufschwung rückt in weite Ferne. Die Bundesregierung will das Gebaren der Mineralölkonzerne kartellrechtlich unter die Lupe nehmen.

Der Krieg in Nahost wird wohl so rasch nicht enden. Schon jetzt zeigt sich: Die Mullahs lassen sich nicht im Überflüg wegbomben. Düstere Szenarien sind denkbar. Damit dürften die Konsequenzen für Wirtschaft und Verbraucher hierzulande tiefgreifend sein. Gerade die Energiepreisschübe könnten das bisschen Aufschwung gleich wieder zunichte machen. Bei weiterkletternden Ölpreisen drohen wirtschaftliche Verluste in zweistelliger Milliardenhöhe, hat das Institut der deutschen Wirtschaft berechnet.

Ebenso relevant erscheint ein übergeordneter Faktor: Wirtschaft ist zu 50 Prozent Psychologie – diese alte Weisheit gilt in Krisen erst recht. Denn die Zuversicht hat sich noch nicht ausgebreitet, da gewinnt schon wieder die Resignation Oberhand. In dieser pessimistischen Grundhaltung könnten viele Unternehmen in der Stagnation verharren und weiter einen strikten Sparkurs fahren. Mehr noch als der Ukraine-Krieg, an den sich fast alle Menschen hierzulande irgendwie gewöhnt haben, sendet der sich zum Flächenbrand auswachsende Konflikt im Nahen Osten ein deutliches Warnsignal an die Verbraucher.

Zunächst erfährt die ansonsten ungebrochene Reisefreude der Deutschen einen Dämpfer – Flüge an den Persischen Golf und über die dortigen Drehkreuze fallen erst einmal aus. Vor allem aber wird die Konsumbereitschaft insgesamt gebremst; die konjunkturelle Erholung bekommt keinen Auftrieb. Nicht nur das Tanken und das Heizen werden teurer, selbst auf Lebensmittelpreise könnte die Beschränkung der Lieferwege leicht durchschlagen. Speziell wenn der Rohölpreis weiter steigt, droht die Inflation auf über drei Prozent zu klettern.

Umso lauter erschallen die Rufe nach staatlichem Einschreiten. Eine Entlastung der Autofahrer stehe nicht auf der Agenda, sagt Wirtschaftsministerin Katherina Reiche. Ausschließen will sie es nicht. Der Druck könnte irgend-

wann so groß werden, dass die Regierung Handlungsfähigkeit zeigen muss. Nüchtern betrachtet braucht es aktuell keine Spretpreisbremse. Die Coronapandemie und die Ukraine-Krise haben die falschen Maßstäbe gesetzt – damals wurde der Eindruck vermittelt, dass der Staat die Folgen geopolitischer Verwerfungen stets mit Geld zuschütten kann. Staatliche Gießkannenpolitik ist angesichts gigantischer Schuldenberge

Gerade in Grenzfällen zeigt sich, wie schamlos die Preise an den Tankstellen hierzulande erhöht werden.

keine sinnvolle Option. Dem Autofahrer hat der Tankbott vor vier Jahren ohnehin wenig gebracht. Stattdessen hat die befristete Senkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe die Kassen der Mineralölkonzerne gefüllt. Preissprünge beim Rohöl und die Unsicherheit der Märkte führen zu extrem hohen Margen. Einer Studie zufolge erzielte die Branche 2022 in Deutschland Zusatzeinnahmen von 70 Milliarden Euro.

Heute erlebt die Republik ein Déjà-vu. Gerade in Grenzfällen zeigt sich, wie schamlos die Preise an den Tankstellen hierzulande erhöht werden. Daher sollte es mehr als eine Wählerberuhigung sein, wenn die Bundesregierung ankündigt, dieses Gebaren der Mineralölkonzerne kartellrechtlich prüfen zu lassen. Nur mit Druck – wie etwa einer erneuten Übergewinnsteuer – lässt sich dem Missbrauch ein Riegel verschieben.

leserbriefe@freiepresse.de

IMPRESSUM

Herausgeber: Medien Union GmbH Ludwigshafen
Verlag: Chemnitz Verlag und Druck GmbH & Co. KG
 09111 Chemnitz, Brückenstraße 15
 oder 09002 Chemnitz, Postfach 261
Telefon: 0371 6560
Telefax Redaktion: 0371 656-17084
Internet: www.freiepresse.de
E-Mail: die.tageszeitung@freiepresse.de
Geschäftsführer: Dr. Daniel Daum
Chefredakteur: Torsten Kleditzsch
 (verantwortlich für den redaktionellen Teil)
Stellvertretende Chefredakteure: Udo Lindner, Arne Lena Mösen
Stellvertretender Chefredakteur
Digitales: Sascha Aurich

Leitung Werbemarkt: Alexander Rauscher-Arnold
 (verantwortlich für den Anzeigenteil)
Leiter Lesermarkt: Arne Stuck

Sämtliche Beiträge in der Freien Presse oder in der Freien Presse Online unterliegen dem Schutz des Urheberrechts. Zweitverwertungsrechte an Freie Presse-Beiträgen (für Pressespiegel, Archive etc.) können erworben werden bei der PMP Presse-Monitor GmbH & Co. KG, Marktplatzstraße 62, 10969 Berlin. E-Mail: info@pmp-monitor.de, oder direkt beim Verlag. Abbestellungen können nur zum Quartalsende ausgesprochen werden und müssen sechs Wochen vorher in Textform beim Verlag oder den Geschäftsstellen vorliegen. Die Zusteller sind nicht berechtigt, Abbestellungen anzunehmen. Text- und Data-Mining: Die Chemnitz Verlag und Druck GmbH & Co. KG behält sich eine Nutzung ihrer Inhalte für kommerzielles Text- und Data-Mining im Sinne von § 44b UrhG ausdrücklich vor. Für den Erwerb einer entsprechenden Nutzungslizenz wenden Sie sich bitte an Kontakt@freiepresse-mediengruppe.de.

Selbst Tankstellenverband sieht Preistreiberei beim Sprit

In Deutschland sind die Spritpreise in wenigen Tagen um 30 Cent und mehr hochgeschwungen. Beim Blick in die Nachbarländer fühlen sich viele Autofahrer abgezockt. Zu Recht, so der Tankstellen-Interessenverband.

VON JÜRGEN BECKER, PATRICK HYSLOP

CHEMNITZ – Während die Benzin- und Dieselpreise nach Beginn des Iran-Krieges in Deutschland innerhalb weniger Tage von rund 1,70 auf über 2 Euro regelrecht explodiert sind, haben sie sich in Polen und Frankreich kaum verändert. So gibt es nach Recherchen der „Freien Presse“ den Liter Benzin E10 in Warschau wie letzte Woche schon für 1,25 bis 1,38 Euro. In Frankreich waren es letzte Woche in Paris um die 1,83 Euro. Aktuell sind es um die 1,89 Euro. In Tschechien, Luxemburg, Belgien oder Österreich ist Tanken zum Teil ebenfalls deutlich günstiger als in Deutschland – und die Preise sind dort auch nicht so schnell oder so stark in die Höhe geschossen.

Kraftstoff ist in Deutschland generell meist teurer als in vielen anderen europäischen Staaten, weil hierzulande die Steuern und Abgaben auf Kraftstoff besonders hoch sind. Wie der ADAC betont, liegt diese Steuer bei 65,45 Cent pro Liter Benzin und bei 47,04 Cent pro Liter Diesel. Zum Vergleich: In Österreich werden laut der Wirtschaftskammer Österreich pro Liter Superbenzin 48,2 Cent und pro Liter Diesel 39,7 Cent Mineralölsteuer verlangt. Für das Jahr 2025 hat der ADAC vorgerechnet, dass der Steuer- und Abgabenanteil in Deutschland bei Benzin rund 64 Prozent und bei Diesel rund 56 Prozent betrug. In Polen oder Tschechien ist dieser Anteil deutlich geringer.

Der Verband Fuels und Energie En2x erklärt den Preissprung in Deutschland damit, dass die Branche – wie andere auch – die Preise



Die Preise für Diesel und Benzin klettern weiter.

FOTO: SABINE GLUDATH/MAGDO

an der Zapfsäule auf Basis der tagesaktuellen Einkaufspreise zum sogenannten Wiederbeschaffungswert kalkuliert. „Verkauf wird zum Preis, der derzeit erzielt werden muss, um die deutlich teurer gewordenen Produkte Benzin und Diesel wieder einzukaufen und damit die Versorgung sicherzustellen“, sagt En2x-Sprecher Alexander von Gersdorff auf Anfrage der „Freien Presse“. Würden die Tankstellen noch den alten, niedrigeren Preis verlangen, würde ihnen schlicht das Geld fehlen, jetzt die deutlich teureren Kraftstoffmengen nachzukaufen.

Offenbar gilt das aber nicht in Polen, Tschechien oder Frankreich. „Ich halte den Preissprung in Deutschland für Abzocke“, sagt Herbert Rahl, Sprecher des Tankstellen-Interessenverbandes.

Zwar stimme es, dass die Konzerne auf Basis des aktuellen Wiederbeschaffungspreises die Verkaufspreise kalkulieren. „In den Lagern und Tanks befindet sich aber noch jede Menge Kraftstoff, der zu den alten, niedrigeren Preisen beschafft worden ist.“ Es gebe also

keine objektive wirtschaftliche Not, „die Preise jetzt so stark zu erhöhen, weil die Erhöhung des Rohölpreises durch die Lieferkette noch gar nicht bei uns angekommen sein kann“, erklärt Rahl. „Eigentlich sollte die Zeit des rüden Raubtierkapitalismus vorbei sein, aber in den Konzernzentralen wird das offenbar anders gesehen.“

Der ADAC und der AvD werfen der Mineralölwirtschaft ebenfalls eine unangemessene Preissetzung an den Tankstellen vor. Das Argument der Mineralölkonzerne, dass den Tankstellen ohne diesen Preissprung das Geld fehle, jetzt die deutlich teureren Kraftstoffmengen nachzukaufen, hält der ADAC für vorgeschoben. Er verweist darauf, dass in der Vergangenheit am Ende von Hochpreisspielen die Benzinpreise nicht so schnell wie der Rohölpreis gesunken seien. Auch für Autofahrer gäbe es um Liquidität.

In Polen sind die Steuern auf Benzin und Diesel deutlich geringer als in Deutschland. Zwar sind auch die Preise für fertige Kraftstoffe, die von polnischen Raffine-

rien angeboten werden, in die Höhe geschossen. Dieser Anstieg wird aber bislang kaum oder erst verzögert auch an die Verbraucher weitergegeben. Ein Grund dafür dürfte sein, dass der polnische Staat 49,9 Prozent der Anteile an dem polnischen Ölkonzern Orlen hält. Dadurch hat er einen entscheidenden Einfluss auf die Unternehmensführung und die Strategie des Konzerns. Über Töchter kontrolliert Orlen zudem bedeutende Erdölvorkommen des norwegischen Kontinentalshells. Der Konzern betreibt darüber hinaus unter anderem Raffinerien und Tankstellen in Polen, Deutschland, Tschechien und Litauen. Dadurch kann er für einen gewissen Zeitraum Kraftstoff auch zu politischen Preisen verkaufen, wie er es in Polen auch schon vor Wahlen getan hat.

Gleiches gilt für Tschechien. Dort übernahm das Finanzministerium die Preise eng. Auch werden dort die Gewinnmargen von Tankstellenbetreibern kontrolliert, um überhöhte Preise zu verhindern. Das tschechische Staatsunternehmen Čepo betreibt zudem selbst mehr als 250 Tankstellen. Im Vergleich zu Deutschland sind die Steuern auf Benzin und Diesel in Tschechien oft geringer, was den niedrigeren Endpreis erklärt.

Die luxemburgische Regierung legt hingegen Maximalpreise fest, die durch Vereinbarungen mit Ölexportgesellschaften zustande kommen. Dieser Höchstpreis basiert auf den Preisen, die an bedeutenden Umschlagshäfen aufgerufen werden. Er wird bei Änderungen abends für den nächsten Tag bekannt gegeben. Seit Tagen liegt er dort bei 1,47 Euro für Super E10 und 1,46 Euro für Diesel. Da Luxemburg Kraftstoffe primär aus Belgien bezieht, wird erwartet, dass sich der Ölpreisanstieg erst in den nächsten Tagen an den Zapfsäulen dort widerspiegeln wird.

In Österreich ist gesetzlich geregelt, dass der Spritpreis am Tag nur einmal erhöht werden darf – und zwar um 12 Uhr. Senkungen der Preise sind dagegen jederzeit erlaubt. Diese Regel dämpft Preissprünge und gilt noch bis Ende 2028. (juerg/hys)

Leitartikel

Trump entlässt umstrittene Ministerin

Sie galt als loyale Unterstützerin des Präsidenten, zuletzt jedoch kühlte das Verhältnis zwischen beiden immer weiter ab.

VON JAN CHRISTOPH FREYBOTT

WASHINGTON – US-Präsident Donald Trump hat seine umstrittene Heimatschutzministerin Kristi Noem entlassen. Mit Wirkung zum 31. März solle der Senator des Bundesstaates Oklahoma, Markwayne Mullin, das für Einwanderungs- und Grenzschutzbehörden zuständige Ressort führen, teilte Trump am Donnerstag mit.

Noem ist damit die erste Ministerin aus der aktuellen US-Regierung, die ihren Hut nehmen muss. Sie soll nun den Posten der Sondergesandten für den „Schild Amerikas“, eine neue Sicherheitsinitiative für die westliche Hemisphäre, übernehmen. Trump dankte Noem für ihren Einsatz.

Trump zufolge war Mullin zehn Jahre lang Mitglied des US-Repräsentantenhauses und drei Jahre lang Senator. „Markwayne wird ein hervorragender Heimatschutzminister“, so Trump. Er solle sich für die Sicherheit an den Grenzen einsetzen und gegen die Kriminalität durch illegale Migranten vorgehen.



US-Heimatschutzministerin Kristi Noem muss gehen – wird aber mit einem neuen Posten versorgt.

FOTO: YURI GRISABACAPRESS/MAGDO

Noem – einst Trumps Wunsch kandidatin für den Posten – war zuvor Gouverneurin von South Dakota und hatte sich vor allem als überzeugte Unterstützerin des Republikanismus einen Namen gemacht. Zeitweise im Gespräch als Trumps Vize, bescherten ihre Memoiren ihr negative Schlagzeilen: Darin beschrieb Noem, wie sie einst ihre junge Hündin Cricket erschoss, weil diese sich nicht zum Jagdhund eignete. Später erklärte sie, dies zeige ihre Bereitschaft zu harten Entscheidungen.

Bei einer Senatsanhörung war die 54-Jährige zuletzt ins Kreuzverhör zu Todesfällen bei Einsätzen der Einwanderungs- und Grenzschutzbehörden genommen worden. Die teils rabiatischen Einsätze hatten zu landesweiten Protesten geführt. Kritiker warfen der Regierung unter Noem vor, dabei Bürgerrechte zu verletzen.

Noch Ende Januar hatte sich Trump demonstrativ hinter Noem gestellt. „Ich denke, dass sie sehr gute Arbeit geleistet hat“, sagte er nach den tödlichen Schüssen von Bundesbeamten auf zwei US-Bürger bei Protesten. In der Folge entbrannte ein Haushaltsstreit über Kurs und Finanzierung der Einwanderungspolitik. Während Republikaner teils noch schärfere

Maßnahmen fordern, kritisieren Demokraten die Ausweitung von Befugnissen und verlangen stärkere parlamentarische Kontrolle im Gegenzug für Geldmittel.

Noem hatte bei der Anhörung wiederholt betont, die Maßnahmen ihres Ministeriums dienten der nationalen Sicherheit und beruhten auf gesetzlicher Grundlage. Sie war außerdem gefragt worden, ob sie ihre früheren Äußerungen revidieren wolle, wonach die getöteten US-Bürger als „Terroristen im Inland“ zu betrachten seien. Die Beschreibung war im Nachhinein durch Videomaterial und lokale Berichte stark infrage gestellt worden. Noem erklärte, sie habe sich auf Berichte von Einsatzkräften vor Ort verlassen, und weigerte sich ausdrücklich, ihre Aussagen zurückzunehmen.

Zum Verhängnis wurde Noem aber vor allem auch eine millionenschwere Werbekampagne zur Abschreckung illegaler Migration. Ein republikanischer Senator merkte an, die Kampagne wäre eher zur Selbstvermarktung als zur effektiven Durchsetzung genutzt worden. Noem behauptete daraufhin, das Budget dafür sei von Trump abgesegnet worden. Dieser sagte im Anschluss, er habe nicht zugestimmt. Die Anhörung zeigte, dass mittlerweile parteiübergreifend an Noems Amtsführung gezweifelt wurde. (dpa)